

Antrag 57/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schule als Ort der Demokratie – Fortbildung für Lehrkräfte verpflichtend machen**

1 Wir fordern:

- 2 1. Verpflichtende Fortbildungen einzuführen, die alle
- 3 Lehrkräfte an Berliner Schulen regelmäßig im Be-
- 4 reich Demokratieförderung und Extremismusprä-
- 5 vention absolvieren müssen.
- 6 2. Inhalte dieser Fortbildungen so auszugestalten,
- 7 dass Lehrkräfte sowohl argumentativ gegen rechts-
- 8 extreme Narrative gestärkt werden als auch prakti-
- 9 sche Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dis-
- 10 kriminierenden Vorfällen im Unterricht und Schul-
- 11 alltag erlernen.
- 12 3. Die Kooperation mit Fachinstitutionen wie der Lan-
- 13 deszentrale für politische Bildung, der Bundes-
- 14 zentrale für politische Bildung sowie mit zivil-
- 15 gesellschaftlichen Träger*innenn mit Expertise in
- 16 Demokratie- und Menschenrechtsbildung sicherzu-
- 17 stellen.
- 18 4. Die Lehrer*innenausbildung und das Referendariat
- 19 in Berlin so anzupassen, dass Demokratiebildung,
- 20 Menschenrechtsorientierung und Extremismusprä-
- 21 vention als verbindliche Teile des Rahmenlernplans
- 22 qualifiziert unterrichtet werden.

Begründung

26 Schulen sind zentrale Orte der Demokratiebildung. Sie sol-

27 len junge Menschen befähigen, sich eine eigene Meinung

28 zu bilden, gesellschaftliche Verantwortung zu überneh-

29 men und aktiv am politischen Leben in einer freiheitlich-

30 demokratischen Grundordnung mitzuwirken. Doch die

31 Realität sieht anders aus: Lehrkräfte sind für diese Aufga-

32 be oft nicht ausreichend gerüstet. Während rechtsextre-

33 me Ideologien längst über Social Media, Klassenchats und

34 sogar vor den Schultoren in Klassenzimmer eindringen,

35 fehlt es an systematischer Qualifizierung, um Schüler*in-

36 nen im Unterricht fundiert und selbstbewusst zu stärken.

37 Im schulischen Alltag zeigt sich das deutlich: junge Men-

38 schen erleben, wie demokratische Positionen mit rechtem

39 Spott, subtilen Drohungen oder offener Anfeindung über-

40 zogen werden. Viele berichten von der Angst, ihre Mei-

41 nung offen zu äußern. Sei es in politischen Diskussionen

42 im Klassenzimmer, bei einem Coming-Out oder wenn sie

43 migrantisch gelesen werden. Wer für Vielfalt, Gleichbe-

44 rechtigung oder Klimaschutz einsteht, macht sich schnell

45 zur Zielscheibe. Lehrkräfte und Schulen stehen dieser Ent-

46 wicklung oft zu schutzlos gegenüber. Der im Berliner

47 Schulgesetz verankerte Auftrag zur politischen Bildung

48 bleibt damit auf der Strecke.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****LPT II-2025: Überwiesen an AfB**

Stellungnahme: Der Antrag ist in folgender angepasster Version zu beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass ein Indikator eingeführt wird, der den Demokratisierungsgrad von Schule misst. Der Indikator der Demokratisierung soll sich u.a. aus folgenden Bestandteilen zusammensetzen:

1. verpflichtende Fortbildungen, die die Lehrkräfte im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention absolvieren. Das Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) entwickelt die Inhalte dieser Fortbildungen so, dass Lehrkräfte sowohl argumentativ gegen rechtsextreme Narrative gestärkt werden als auch praktische Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit diskriminierenden Vorfällen im Unterricht und Schulalltag erlernen. Die Lehrer*innenausbildung und das Referendariat in Berlin so anzupassen, dass Demokratiebildung, Menschenrechtsorientierung und Extremismusprävention als verbindliche Teile des Rahmenlernplans qualifiziert unterrichtet werden.
2. Die Kooperation mit Fachinstitutionen wie der Landeszentrale für politische Bildung, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie mit zivilgesellschaftlichen Träger*innenn mit Expertise in Demokratie- und Menschenrechtsbildung.
3. Breites Spektrum von Beteiligungsstrukturen in Schule, angefangen von Schülervertretung und Schulkonferenz über Klassenrat bis hinzu Beteiligung von Schüler*innen bei Entwicklung von Schulcurricula und Entscheidungen über Einsatz von finanziellen Mitteln.

49 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unse-
50 re Demokratie. 2023 wurden bundesweit über 23.000
51 rechtsextrem motivierte Straftaten erfasst, ein Anstieg
52 von mehr als 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Be-
53 sonders gefährlich ist, dass rechte Narrative gezielt auf
54 jugendnahe Räume abzielen: auf TikTok, Instagram, You-
55 Tube oder Telegram. Dort werden Demokratie und Men-
56 schenrechte lächerlich gemacht, Verschwörungsmythen
57 geteilt und menschenfeindliche Weltbilder normalisiert.
58 Auch in Berlin ist das längst Alltag. Die Landeskommision
59 Berlin gegen Gewalt warnt regelmäßig vor der wachsen-
60 den Präsenz rechter Propaganda in Schulen und Jugend-
61 milieus.

62 Für viele Schüler*innen ist die Schule damit kein geschütz-
63 ter Raum mehr. Immer wieder berichten sie, dass demo-
64 kratische Stimmen im Klassenverband ins Lächerliche ge-
65 zogen werden. Wer für Solidarität einsteht, wird ausge-
66 grenzt. Wer ein Coming-Out wagt, wird verspottet. Wer
67 gegen Rassismus argumentiert, sieht sich mit Gegenwehr
68 konfrontiert. Die Folge: Schweigen, Rückzug, Resignation.
69 Eine Schule, in der Angst das Sagen hat, verfehlt ihre Auf-
70 gabe als Ort der freien Entfaltung.

71 Auch Lehrkräfte erleben diese Situationen – und genau
72 hier wird das Problem sichtbar. Viele wissen nicht, wie sie
73 auf rechte Parolen reagieren sollen, ohne dass die Situa-
74 tion eskaliert. Andere fürchten, die Neutralitätspflicht zu
75 verletzen. Manche geben offen zu, dass sie sich argumen-
76 tativ nicht gewappnet fühlen: gegen rechte Rhetorik, ge-
77 gen den Druck, der von einzelnen Schüler*innen ausgeht.
78 Lehrkräfte berichten, dass sie Jugendliche „nicht mehr er-
79 reichen“, dass sie mit klassischem Unterricht nicht gegen-
80 halten können, wenn TikTok-Algorithmen oder Telegram-
81 Gruppen täglich Gegenerzählungen liefern. Oft kommt
82 dazu eine soziale Dimension: Wer in schwierigen Klas-
83 sensituationen ohnehin mit Sprachbarrieren oder Konflik-
84 ten ringt, hat kaum Ressourcen, um zusätzlich politische
85 Auseinandersetzungen zu führen. So entsteht eine Ohn-
86 macht, die nicht selten in Rückzug mündet. Lehrer*innen
87 schweigen, nicht, weil sie wollen, sondern weil ihnen die
88 Werkzeuge fehlen.

89 Die Realität an Schulen zeigt deutlich, was das bedeu-
90 tet. Hakenkreuze werden Tische geritzt. Rechte Parolen
91 an Wände geschmiert. Antisemitische Witze kursieren
92 auf Pausenhöfen. In Klassenchats verbreiten sich rassis-
93 tische Memes. Für viele Betroffene ist das kein Ausnah-
94 mefall, sondern Alltag. Lehrkräfte sehen all das und ha-
95 ben kaum Werkzeuge in der Hand, um wirksam gegen-
96 zuhalten. Viele wissen nicht, welche pädagogischen oder
97 rechtlichen Schritte möglich wären. Oft fehlt die Rücken-
98 deckung durch Schulleitungen oder die Schulaufsicht, die
99 aus Angst vor Rufschädigung lieber wegsehen, statt kon-
100 sequent einzuschreiten. Damit entsteht ein Klima, in dem
101 rechte Vorfälle folgenlos bleiben – nicht, weil sie harmlos

102 wären, sondern weil diejenigen, die Verantwortung tra-
103 gen sollten, keine ausreichende Unterstützung erhalten.
104 Diese institutionelle Hilflosigkeit signalisiert Schüler*in-
105 nen: Rechte Sprüche, Symbole und Handlungen sind ge-
106 duldet. Und genau das macht sie zur Normalität.
107 Doch Neutralität bedeutet nicht, jede Position gleichwer-
108 tig zu behandeln. Neutralität heißt, Demokratie und Men-
109 schenrechte als Grundlage unseres Zusammenlebens klar
110 zu verteidigen. Wer Hass und Hetze unwidersprochen ste-
111 hen lässt, verletzt diesen Auftrag. Deshalb braucht es ver-
112 pflichtende Fortbildungen, die Lehrkräfte stärken: inhalt-
113 lich, um rechte Narrative zu erkennen und ihnen argu-
114 mentativ entgegenzutreten, und praktisch, um im Unter-
115 richt wie im Schulalltag souverän handeln zu können.
116